

■ Zur Lage der freien Kulturszene in Griechenland

Ich lebe in Griechenland, in einem Land, in dem die Lebensbezüge nicht mehr planbar sind. Um eine solche Krisensituation zu überleben, brauchen die Leute aus meinem Umfeld vor allem die Formulierung eines neuen Sinnzusammenhangs für sich selbst, ein neues Narrativ. Wenn alles zusammenbricht, gibt es die Chance auf einen Neubeginn.

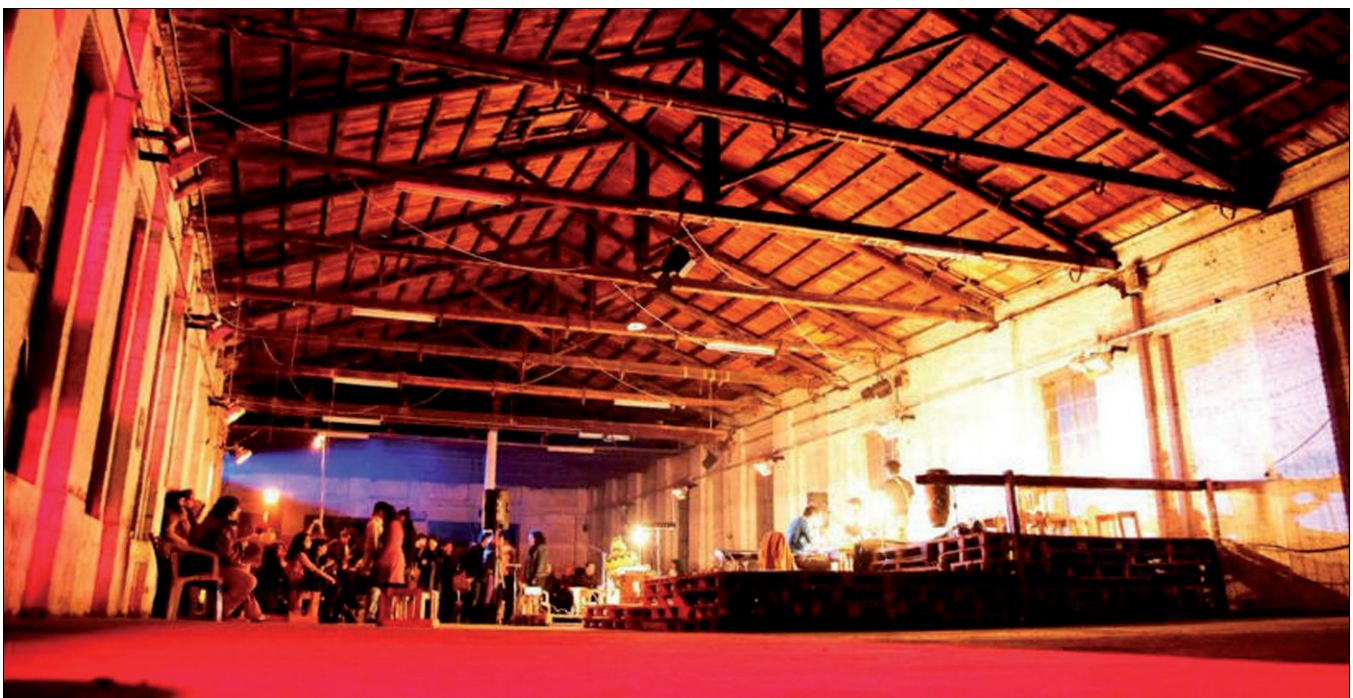
Einige Problembereiche stechen besonders hervor. Unser nationales Selbstverständnis: Sind wir noch Europäer? Oder vielleicht Europäer zweiter Klasse? Der soziale Zusammenhalt: Diese Krise ist nichts anderes als die brutale Umverteilung von Gütern. Sie ist vor allem ein Krieg zwischen Arm und Reich. Der Verlust von Selbstachtung: Immer noch steigt die Arbeitslosigkeit. Sie liegt bei unglaublichen 90 Prozent im Theaterwesen. Die Eintrübung des täglichen Erlebens: Demos, die Universitäten geschlossen; die Stadt Athen zu einem Erinnerungsüberbleibsel dessen gemacht, was mal meine Geburtsstadt war. Zerstörte Einrichtungen: Bildung, Gesundheitswesen usw. Am Ende versagt sogar die Demokratie als unser politisches System. Man braucht als Beispiel nur an den Aufstieg der Goldenen Morgenröte und an den Verfassungsbruch im griechischen Parlament zu

denken: Die Abgeordneten haben kürzlich in einer einzigen Abstimmung etwas durchgedrückt, das sie als »multiple Gesetzgebung« bezeichneten. Dahinter verbarg sich eine Reihe verschiedenster Gesetzesvorlagen auf insgesamt etwa 600 Druckseiten, die von den Renten bis zu Regelungen für die pharmazeutische Industrie reichten. Den Abgeordneten wurde nicht hinreichend Zeit zum Durchlesen der Vorlagen gegeben, und es gab eine Diskussion von lediglich drei Stunden im Parlament.

Seit 2011 ist jedwede Form von Unterstützung für die freie Kunst mit öffentlichen Geldern eingestellt. Selbst Gruppen ohne Gewinnerorientierung wurden mit einem hohen Steuersatz belegt, der sogar bei nicht vorhandener Aktivität noch 1.000 Euro jährlich beträgt. Das Staatsfernsehen und der staatliche Radiosender wurden zum ersten Mal überhaupt dazu gezwungen zu schließen, was es nicht einmal während der Diktatur in den 1970er Jahren gab. Die institutionalisierte Kunst ist dominant geworden, Lobbyisten und Monopole haben das Sagen; eine Art Undercover-Zensur hat sich in Griechenland breit gemacht, einem Land, das stolz darauf war, das Theater, die Freiheit des Wortes und die Demokratie hervorgebracht zu haben.

Zensur und Unterdrückung werden nicht offen vor jedermanns Augen praktiziert. Sie funktionieren auf sanftere Art und Weise, um die freie Kunst kaltzustellen. Im Mai 2013 drohte der kürzlich wiedergewählte Oberbürgermeister von Athen Giorgios Kaminis damit, alle Spielstätten unabhängiger Gruppierungen in Athen zu schließen. Er berief sich dabei auf ein Gesetz zur öffentlichen Sicherheit aus den 1940er Jahren, das bei öffentlich genutzten Gebäuden bestimmte bautechnische Standards vorsieht. Er hat diese Drohung tatsächlich dadurch umgesetzt, dass er entsprechende Bekanntmachungen an fast alle unabhängigen Aufführungsorte in Athen verschicken ließ. Diese Anschreiben enthielten genaue Zeitangaben für die Schließung der Spielorte, sofern die Vorgaben nicht eingehalten wurden. Wegen dieses Drucks inklusive der angedrohten hohen Geldstrafen im Weigerungsfalle sahen sich einige der freien Spielstätten gezwungen, den Laden dichtzumachen.

Wegen der heftigen Reaktionen aus der freien Szene stoppte Herr Kaminis schließlich die Versiegelungsaktion per Weisung. Er brachte dann eine neue Gesetzesvorlage ins Parlament ein, die noch vager formuliert war als das entsprechende alte Gesetz. Es gab



Blick in das Athener Kulturzentrum Vyrsopeiseio

keinen Vorab-Dialog dazu mit den betroffenen Gruppen. Das Parlament stimmte dem Gesetzesvorschlag zu. Von der Presse wurde es als Sieg gefeiert, dass nun überall in der Stadt gespielt werden könne, z.B. auf Terrassen, in alten Gebäuden, unter freiem Himmel usw. Die Stadt selbst erteilt eine zeitlich begrenzte Genehmigung dafür, allerdings ohne Blick für die Tatsache, dass keine Änderungen bezüglich der Regeln für die Lizenzenvergabe bei schon bestehenden Theatern formuliert wurden.

Kurz vor den Sommerferien hat der Oberbürgermeister noch einen draufgesetzt mit dem Plan, alle freien Theater zu schließen und damit im Effekt die Produktion unabhängiger (Theater-)Kunst zu unterbinden. Er ließ dazu an die Türen von 150 – man stelle sich das vor: von einhundertundfünfzig – Theatern in Athen die Ankündigung ihrer Schließung heften, also an die Türen von fast allen unabhängigen Spielstätten. Er zwingt die Unabhängigen zu einer langen Pause und damit zur Absage des gesamten Winterprogramms. August ist der Ferienmonat für alle, auch für die Leute aus der Theaterlandschaft. Es ist dann auch kein Rechtsanwalt erreichbar, und, schlimmer noch, ebenso wenig die Stadtverwaltung, was die Einleitung angemessener Reaktionen sehr erschwert. Natürlich sind die meisten Spielstätten, wie erwähnt, für die Dauer der Sommerferien sowieso geschlossen.

Es ist wichtig für uns, dass aus dem Ausland Unterstützung kommt, da die Fortführung der geschilderten Politik zur völligen Institutionalisierung der Schönen Künste führen wird und damit zur Unterdrückung unabhängiger, alternativer Denkweisen, wie sie durch die freie Szene garantiert werden. Die Athener Vorgänge sind eine schwere Herausforderung für die Kunst als solcher, einfach dadurch, dass viele Künstler massiv unter Druck gesetzt werden und zweimal überlegen müssen, bevor sie offen ihre Meinung sagen.

Elli Papakonstantinou

Die Autorin ist Leiterin des Kulturzentrums Vyrsopeio in Athen. Vyrsopeio ist ein Graswurzelprojekt, das sich als Reaktion auf die Frage gebildet hat: Wie lässt sich Kunst in schwierigen Zeiten umsetzen? Daraus wurde ein sich immer weiter entwickelndes Projekt für horizontal angelegte Politik, für Netzwerke, für die Nutzung von Synergien und Kooperationen. Heute stellt es eine Plattform für etwa 400 Künstler/AktivistInnen/frei schaffende Mitarbeiter dar. Vyrsopeio ist ein zweistöckiges Gebäude von 2000qm, eine vibrierende Zelle der Kultur, die durch ein reichhaltiges wöchentliches Programm einen wirksamen Beitrag für das Gedeihen innovativer Cross-over-Kunst leistet.

Der Beitrag erschien zuerst im Newsletter von Trans Europe Halles, dem Netzwerk unabhängiger europäischer Kulturzentren, in dem Vyrsopeio seit Anfang 2014 Mitglied ist. Die Übersetzung besorgte freundlicherweise Hans Spiekermann.



Das neue Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020)

Nach einem holprigen Start im Frühjahr 2014 gibt es inzwischen die ersten Auswahlsergebnisse im Rahmen des EU-Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020). Obwohl die Verordnung für das neue Programm erst am 14. April 2014 vom Rat verabschiedet wurde und die Antragsunterlagen erst Anfang Mai zugänglich waren, endete die erste Antragsfrist bereits am 4. Juni 2014.

Offen war diese erste Runde für Projekte zum Bereich »Europäisches Geschichtsbewusstsein« (Förderbereich 1), für »Bürgerbegegnungen« (Förderbereich 2.1) und die »Vernetzung von Partnerstädten« (Förderbereich 2.2). Insgesamt wurden 973 Anträge eingereicht, gefördert werden EU-weit 242 Projekte.

Geschichts- und Erinnerungsprojekte

Für den Förderbereich 1 »Europäisches Geschichtsbewusstsein« gibt nur eine Einreichfrist im Jahr. In diesem Jahr wurden etwas mehr Projektvorschläge eingereicht als 2013: Europaweit gingen 472 Anträge für Geschichtsprojekte ein, 2013 waren es 425. Für eine Förderung ausgewählt wurden 33 Projekte (2013: 31 Projekte). Damit hat sich die geringe Förderquote von ca. 7 Prozent nicht verändert, obwohl in dem neuen Programm dem Bereich Erinnerungs- und Geschichtsarbeit mehr Gewicht gegeben wird. Da aber der Bedarf entsprechend hoch ist, gehen weiterhin 93 Prozent der Antragsteller leer aus.

Von deutschen Trägern wurden insgesamt 39 Anträge eingereicht, drei waren erfolgreich, derjenige der Stiftung »Erinnern ermöglichen« aus Düsseldorf, der des Dresdener Vereins Jugend- und Kulturprojekte e.V. sowie der des Vereins Recht in Europa e.V., dessen Projekt untenstehend kurz vorgestellt wird.

Kommunale Partnerschaftsprojekte

Für die beiden Fördermaßnahmen im Bereich der kommunalen Partnerschaftsarbeit, »Bürgerbegegnungen« (2.1) und »Vernetzung von Partnerstädten« (2.2) gibt es generell zwei Antragsfristen pro Jahr, in diesem Jahr am 4. Juni und am 1. September. Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der EU-weit eingereichten Anträge im Vergleich zu den für eine Förderung ausgewählten Projekten:

Förderbereich		eingereicht	ausgewählt
2.1	EU	417	188
	DE	46	27
2.2	EU	84	21
	DE	5	2

Über 50 Prozent der deutschen Antragsteller waren mit ihren Vorschlägen für grenz-

übergreifende Bürgerbegegnungen erfolgreich. Das klingt zwar gut, doch die hohe Erfolgsquote resultiert aus der geringen Anzahl an Projektvorschlägen. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 gingen zur ersten Frist EU-weit deutlich mehr, nämlich 747 Anträge für Bürgerbegegnungen ein – und dies obwohl es in dem Jahr noch drei Einreichfristen gab. Die Reduktion der Einreichfristen ist zugleich einer der Gründe für die geringe Antragszahl; ein anderer ist die Tatsache, dass die beiden neuen Fristen im Jahr 2014 mit Durchführungszeiträumen im Jahr 2015 verknüpft sind, die vielfach nicht zu den Planungen der Kommunen und Vereine sowie zu den Verabredungen mit den Partnern passten.

Im Förderbereich 2.2 »Vernetzung von Partnerstädten« waren nur zwei deutsche Antragsteller erfolgreich: die Stadt Murrhardt sowie das Integrationsbüro der Stadt Recklinghausen. Zum Vergleich: Bei der ersten Antragsrunde im Jahr 2013 wurden europaweit 23 von 133 Förderanträge positiv beschieden; aus Deutschland wurden 13 Anträge eingereicht, aber ebenfalls nur zwei Projekte für eine Förderung ausgewählt. In den 2014 europaweit ausgewählten 21 Projekten sind in zehn Projekten deutsche Partner vertreten.

Das Projekt »ST (NS)A SI«

Für das vom Jenaer Verein Recht in Europa e.V. gemeinsam mit vier Partnern aus Bulgarien, Deutschland, Rumänien und Slowenien eingereichte Projekt »ST (NS)A SI – Persönlichkeitsrechte schützen – Menschenwürde vor und nach dem Mauerfall« wurde eine EU-Förderung in Höhe von 87.500 Euro bewilligt. Anlässlich des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer soll die Geschichte der Überwachung durch die Stasi in der DDR-Diktatur im gesamteuropäischen Kontext diskutiert werden. Es wird eine Verbindungslinie zum aktuellen NSA-Skandal hergestellt: Das Projekt soll die Menschen in Europa für die Bedrohungen der europäischen Grund- und Menschenrechte in der heutigen Zeit durch Datenspeicherung sensibilisieren. Dazu werden ab Dezember 2014 in Jena und Lüneburg, in Maribor (Slowenien), Plevin (Bulgarien) und Timisoara (Rumänien) Jugendliche Stasi-Opfer interviewen, eine Schultheatergruppe wird das Theaterstück »Ausgespäht« erarbeiten und aufführen und bei Podiumsdiskussionen wird mit Experten, Politikern und Bürgern über die Bedeutung von Persönlichkeitsrechten und Menschenwürde in Europa diskutiert. Die Veranstalter rechnen mit rund 1.600 Teilnehmenden bei diesen und weiteren Aktivitäten, die bis Ende Januar 2016 stattfinden werden.

Christine Wingert und Monika Lühn

Die KS EfBB wird gefördert durch die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.